

Jens Peter Scheller und Klaus Wolf

Stellungnahme zum Ballungsraumgesetz der Hessischen Landesregierung



Werkstattberichte aus dem

**Institut für Kulturgeographie,
Stadt- und Regionalforschung (KSR)**

Frankfurt am Main

Die Reihe

KSR36 – Werkstattberichte aus dem Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung der Goethe-Universität Frankfurt am Main

enthält Arbeitsergebnisse des Instituts, die von Interesse auch über den eigentlichen Institutsrahmen hinaus sind, die auf diese Weise zur Diskussion gestellt werden können. Dazu gehören z. B. Praktikums-, Projekt- und Exkursionsberichte oder gutachterliche Stellungnahmen. Die am Institut bestehenden Reihen „Rhein-Mainische Forschungen“ und „Materialien“ werden so ergänzt.

Um den Charakter der Werkstattberichte zu unterstreichen, werden die Ergebnisse als PDF - Datei erstellt und – mit Ausnahme von wenigen gedruckten Belegexemplaren – auf der Homepage des Instituts unter www.kulturgeographie.de zum Download bereit gestellt.

KSR36 wird herausgegeben vom
Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung
der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main
ISSN 1617-7584
ISBN 3-935918-01-1

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Scheller, Jens Peter:

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main (BallungsraumG) / Jens Peter Scheller ; Klaus Wolf. [Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung der J. W. Goethe Universität Frankfurt am Main]. – Frankfurt am Main : Inst. für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung, 2001
(KSR36; H. 2)

© Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung 2001

Dieses Heft ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Genehmigung der Herausgeber. Alle Rechte vorbehalten.

Verantwortlich für den Inhalt zeichnet der Herausgeber des Einzelheftes.

Jens P. Scheller und Klaus Wolf

Stellungnahme

**zum Gesetzentwurf der Landesregierung
für ein Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit
und Planung in der Region Rhein-Main“
(BallungsraumG)**

Frankfurt am Main 2001

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
----------------------	----------

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein- Main“ (BallungsraumG).....	9
--	----------

A.	Vorbemerkung	9
B.	Einordnung des Reformvorschlags	9
C.	„Planungsverband Ballungsraum Frankfurt am Main“	10
C.1	Abgrenzung des „Ballungsraums Frankfurt“	11
C.2.1	Teilraumplanungsverbot gem. § 9 Abs. 6 ROG	12
C.2.2	Maßstab	12
C.2.3	Arbeitspraktische Erwägungen	13
C.2.4	Arbeit der Gemeindekammer	13
C.2.5	Verhältnis Gemeindekammer – Regionalversammlung Südhessen (RVS)	14
D.	Aufgabenspezifische Zusammenschlüsse	16
D.1	Aufgabenumfang, innerregionaler Lastenausgleich	17
D.2	Pflichtverband	18
E.	„Rat der Region“	20
E.2	Aufgabenzuweisung des RdR.....	20
E.3	Zusammensetzung des RdR.....	22
F.	Schlußbemerkungen, allgemeine Empfehlungen.....	23

Karte Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main	25
--	-----------

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main	26
---	-----------

Artikel 1 – Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG)	26
Artikel 2 Gesetz über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (PlanvG).....	30

Artikel 3 Gesetz über die Auflösung des Umlandverbandes Frankfurt	36
Artikel 4 Aufhebung des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt.....	38
Artikel 5 Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes.....	38
Artikel 6 Änderung der Stellenobergrenzenverordnung.....	39
Artikel 7 Änderung des Hessischen Wahlbeamten- Aufwandsentschädigungsgesetzes	39
Artikel 8 Änderung der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung.....	39
Artikel 9 Änderung des Gesetzes zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen	40
Artikel 10 Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes	40
Artikel 11 Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes	41
Artikel 12 Änderung des Finanzausgleichsgesetzes	43
Artikel 13 Änderung des Eigenbetriebsgesetzes	43
Artikel 14 Änderung des Hessischen Wassergesetzes	43
Artikel 15 Zuständigkeitsvorbehalt.....	43
Artikel 16 In-Kraft-Treten	44

Vorwort

Der vorliegende Text nimmt Stellung zum mittlerweile verabschiedeten Landesgesetz zur „Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main“. Dieses Gesetz markiert den vorläufigen Endpunkt einer wenigstens zehnjährigen Debatte zur Reform regionaler Verwaltungsstrukturen im Rhein-Main-Gebiet. Ein bedeutendes auslösendes Element war der gegen Ende der achtziger Jahre aufgekommene Denkansatz einer mit Globalisierungsprozessen begründeten „Metropolenkonkurrenz“ im europäischen oder gar interkontinentalen Maßstab. Zum anderen rückten altbekannte Disparitäten zwischen den Kernstädten – hier insbesondere Frankfurt am Main – und ihrem Umland erneut in das Blickfeld. Regionale Verwaltungsstrukturen sollten hier den administrativen Rahmen für den zunehmend als notwendig empfundenen Lastenausgleich bilden.

Schnell stand die Verteilung der Verwaltungsaufgaben, die wenig transparente Vielfalt von Zuständigkeiten und Gremien innerhalb der Region, insgesamt in der Kritik. Alle Verwaltungseinheiten, die sich in der Region zwischen der Landes- und der kommunalen Ebene einordneten – ein Umlandverband rund um Frankfurt am Main, Landkreise sowie das Regierungspräsidium in Darmstadt – wurden so existentiell in Frage gestellt.

Zur Mitte des Jahres 2000 ließen sich 37 Vorschläge für eine Reform regionaler Verwaltungsstrukturen unterscheiden. Die territorialen Zuschnitte und die intendierte Reichweite funktionaler Veränderungen variierten dabei beträchtlich: Die Bandbreite reichte von eher informellen Netzwerkstrukturen (Foren; Regionalkonferenzen u.ä.) ohne demokratische Legitimation über die bloße Verlagerung von Funktionen innerhalb der existierenden Verwaltungsebenen bis hin zu Regionalverbands- oder gar Regionalkreismodellen, wie sie in anderen deutschen Verdichtungsregionen bereits existieren oder gerade verwirklicht werden.

Das nun von der hessischen Landesregierung verwirklichte „Ballungsraumgesetz“ trägt zwar der Tatsache Rechnung, die kommunale Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zu stärken, es bleibt aber hinsichtlich seines funktionalen und räumlichen Zuschnitts doch weit hinter vorhergehenden Reformmodellen und der als notwendig erachteten regionalen Kooperation zurück. Die Verfasser, die ihre Auffassung im Rahmen einer Landtagsanhörung am 17. November 2000 vertreten konnten, können ihre Skepsis nicht verbergen, dass der im Gesetz gewählte Weg die richtigen Antworten auf die im Zuge der Debatte erkannten stadtreionalen Probleme gibt. Ungeachtet dessen soll nicht verhehlt werden, dass es zumindest erfreulich ist, dass dieses Problem überhaupt von der derzeitigen Landesregierung in Angriff genommen wurde.

Das in den vergangenen Wochen und Monaten spürbare lebhafte Interesse an der von uns verfassten Stellungnahme in politischen Kreisen und der Fachöffentlichkeit haben uns bewogen, das Papier in der vorliegenden Form zugänglich zu machen.

Frankfurt am Main, im Mai 2001

Jens P. Scheller

Klaus Wolf

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main“ (BallungsraumG)

A. Vorbemerkung

Die Frage der Stärkung regionaler Verantwortungsstrukturen in der Region Rhein-Main bedarf seit Jahren dringender landespolitischer Aufmerksamkeit. Es ist deshalb außerordentlich begrüßenswert, daß die Hessische Landesregierung mit dem Entwurf für ein „Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main“ in der Angelegenheit initiativ wird.

Aufgrund des förmlichen Beteiligungsverfahrens und der parlamentarischen Beratungsfristen in Verbindung mit der beabsichtigten Verabschiedung des Vorschaltgesetzes entsteht gleichwohl ein dem Gesetzesvorhaben wenig förderlicher Zeitdruck.

Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß aufgrund notwendiger Verbesserungen des Gesetzentwurfs in Verbindung mit der Verabschiedung des Vorschaltgesetzes einerseits der Umlandverband Frankfurt handlungsunfähig würde, andererseits die beabsichtigte Nachfolgeinstitution noch nicht handlungsfähig wäre, sollten Überlegungen angestellt werden, diesem Zeitdruck zu entgehen. Die notwendige und sinnvolle verwaltungsmäßige Neugliederung des Verdichtungsraumes Rhein-Main sollte ohne Zeitdruck um die bestmögliche gesetzliche Regelung bemüht sein. Besonders hinsichtlich des beabsichtigten Wirkungsbereichs des vorgesehenen Planungsverbandes sind konzeptionelle Probleme absehbar. Deshalb haben wir uns entschlossen, abweichend von der Gliederung des Gesetzentwurfs, - nach einer generellen Einordnung des Reformvorschlags - eine Einschätzung zu diesem Teilaspekt an den Anfang der vorliegenden Stellungnahme zu stellen.

B. Einordnung des Reformvorschlags

Der vorliegende Entwurf des „Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main“ orientiert sich konzeptionell eng am parteiübergreifenden Vorschlag der Fraktionsvorsitzenden im Kreistag des Main-Taunus-Kreises vom August 1995. Das Element der problemangepaßten Zweckverbandslösungen wird bereits hier um das des Planungsverbandes ergänzt. Die Abgrenzung wurde damals jedoch mit der Einbeziehung u.a. der Städte Wiesbaden und Darmstadt erheblich weiter gefaßt. Der Gesetzentwurf folgt damit einer Konzeption, die in der aktuellen Debatte bislang nur auf geringe fachliche und politische Resonanz stieß¹. Jeder Reformvorschlag muß sich daran messen lassen, in welchem Um-

¹ im Kanon der in den letzten Dekade vorgelegten 40 Reformmodelle finden sich lediglich zwei weitere entsprechende Vorschläge. Es handelt sich um die Konzeptpapiere „Regionalverband Rhein-Main“ des SPD Unterbezirks Main-Taunus vom Mai 1995 sowie „Regional denken – Regional handeln“ der Grünen im Römer vom März 1998.

fang er die verschiedenen erkannten stadtreionalen Problemfelder insgesamt bearbeitet. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u.a.

- die Standortkonkurrenz im internationalen Maßstab,
- Disparitäten im Verhältnis zwischen Kernstädten und Umland,
- zunehmende Nutzungskonflikte im Verdichtungsraum,
- räumlich nicht mehr problemangemessene Verwaltungsstrukturen,
- mangelnde demokratische Legitimation regionaler Strukturen,
- problemadäquate räumliche Kooperation/Abgrenzung.

Es soll bereits einleitend festgehalten werden, daß die Konzeption dieses Gesetzesentwurfs bereits vorliegende, weitergehende Modelle (z.B. Regionalverband, Regionalkreis) nicht aufnimmt.

Seine wesentlichen Bestandteile sind:

1. ein sog. „Rat der Region“ (RdR) mit dem Charakter eines formalisierten Gesprächskreises politischer Entscheidungsträger,
2. segmentierte Zweckverbandslösungen für eine Vielzahl überkommunaler Trägerschaftsaufgaben und ein
3. „Planungsverband Ballungsraum Frankfurt“ (PBV).

Dem PBV kommt im Reformkonzept eine integrierende Rolle zu, da er einerseits für den RdR die Geschäfte führen, andererseits unter bestimmten Bedingungen an den aufgabenspezifischen Zweckverbänden beteiligt werden soll.

C. „Planungsverband Ballungsraum Frankfurt am Main“

Im Gegensatz zum Umlandverband Frankfurt wird auf eine direkt gewählte Versammlungsversammlung des Planungsverbands verzichtet. Dies wird mit dem eingeschränkten Aufgabenzuschnitt begründet. Die Gemeindekammer des Planungsverbandes übernimmt so gegenüber der des UVF neben der Flächennutzungsplanung gem. §205 Abs. 6 BauGB zahlreiche weitere Funktionen, wie die Aufstellung von Haushalts- und sonstigen Satzungen und die Festsetzung von Investitionsprogrammen, die bislang vom Verbandstag des UVF wahrgenommen wurden. Der Abgleich des § 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) mit den in Art. 2 §2 BallungsraumG fixierten Aufgaben offenbart den erheblichen Umfang. Vergrößert wird die Aufgabenfülle durch die wenigstens zeitweise Übernahme von Aufgaben des UVF nach Art. 3 §1, wobei auffällt, daß keine festen Fristen für den tatsächlichen Aufgabenübergang gesetzt werden. Die Bedeutung der GK steigt durch die Möglichkeit der

nicht weiter definierten „Mitwirkung“ an den aufgabenspezifischen Zusammenschlüssen nach Art. 1 §1 absehbar weiter an.

Die Gemeindekammer wird durch die Übernahme der genannten Aufgaben zu einem Quasi-Parlament, ohne daß die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, dieses Parlament, wie in § 29 HGO und § 21 HKO vorgesehen, frei wählen zu können.

Die Funktion der direkt gewählten Kommunalparlamente wird dadurch, wie auch bei den aufgabenspezifischen Zusammenschlüssen nach Art. 1 §1 BallungsraumG erheblich geschmälert.

C.1 Abgrenzung des „Ballungsraums Frankfurt“

Es ist grundsätzlich in Frage zu stellen, ob im Rahmen eines „Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main“ eine Abgrenzung vorgenommen werden kann, welche den polyzentrischen Charakter der Region durch die Auslassung von Darmstadt und selbst Wiesbaden inklusive der jeweiligen Verflechtungsbereiche ignoriert. Die auf Seite 39 der Begründung zum BallungsraumG gegebene Erklärung, wonach beide Zentren unberücksichtigt blieben, um „eine einseitige, auf Frankfurt am Main und Offenbach am Main ausgerichtete Entwicklung“ zu verhindern, kann keineswegs befriedigen.

Im Gegenteil ist eine solche Entwicklung für den Fall zu befürchten, daß der Gesetzgeber seine Bemühungen auf den sog. „Ballungsraum Frankfurt“ konzentriert.

Einen ‚Ballungsraum‘ Frankfurt gibt es nach fachspezifischen funktionalen, wirtschaftsräumlichen und lebensweltlichen Kriterien nicht. Es gibt eine polyzentrische Region Rhein-Main mit Kernstädten eigenen Gewichts, von denen Frankfurt am Main sicher das bedeutendste Gewicht hat, der gemeinsamen Region aber auch ebenso Wiesbaden, Offenbach, Hanau, Darmstadt, möglicherweise auch Gießen und Wetzlar zuzurechnen sind. Allein aus der Verflechtung der Pendlerbewegungen lassen sich diese gewachsenen funktionalen Zusammenhänge ableiten².

Eine Abgrenzung erfolgte hier offenkundig im Bestreben, den Planungshorizont des politisch gewollten Regionalen Flächennutzungsplans zu beschränken, um die Arbeitsfähigkeit der Gemeindekammer zu gewährleisten (siehe insb. C.2.3).

C.2 Planungsaufgaben des PBV

Die Hessische Landesregierung befürwortet mit der beabsichtigten Einführung des „Regionalen Flächennutzungsplans“ (RFP) ein raumordnerisches Planungsinstru-

² Vgl. GÖDDECKE-STELLMANN 1995: Die Stadtregion Rhein-Main. In: Frankfurter Statistische Berichte 3/95, S. 181 ff.

ment, welches seit Inkrafttreten des novellierten Raumordnungsgesetzes (ROG) zum 01.01.1998 bundesweit möglich ist, aber bislang in keinem Fall zur Anwendung kam. Lediglich in Sachsen-Anhalt wurde das Landesplanungsgesetz entsprechend angepaßt, eine Umsetzung steht auch dort aus. Der Bundesgesetzgeber eröffnet mit dem RFP unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit, im deutschen Planungssystem eine Stufe einzusparen. Gedacht war also ein dreistufiges System aus Landesplanung, RFP und verbindlicher Bauleitplanung.³

Mit der Einführung des RFP wird im BallungsraumG die Hoffnung verbunden, im Ballungsraum Frankfurt eine „einheitliche Entwicklung“ sicherzustellen, den „Einfluß der Gemeinden auf die Regionalplanung“ erheblich zu stärken, „im Konsens“ erarbeitete „Entwicklungsvorstellungen einheitlich zu präsentieren“ und „die Planungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen.“

Es sind jenseits der erforderlichen Klärung rechtlicher Fragen (siehe insb. C.2.1) indes erhebliche grundsätzliche Zweifel angebracht, ob der RFP gerade in der polyzentrisch strukturierten Region Rhein-Main wirklich zu einer verbesserten Planungssystematik führen kann. Dies gilt im Besonderen für die in Art. 2 BallungsraumG vorgesehenen Regelungen, welche erhebliche Abstimmungs- und Umsetzungsprobleme erwarten lassen. Im einzelnen müssen folgende Aspekte angesprochen werden:

C.2.1 Teilraumplanungsverbot gem. § 9 Abs. 6 ROG

Der Gesetzentwurf begibt sich nach überwiegender Rechtsauffassung⁴ in Widerspruch zu § 9 Abs. 6 ROG. In Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG macht der Bundesgesetzgeber deutlich, daß bei der Aufstellung von RFP räumliche Teilpläne nicht zulässig sind. Dieses Teilraumplanungsverbot wird durch die flächenmäßige Begrenzung des RFP-Planungshorizonts auf einen Teil der Planungsregion Südhessen – den sog. „Ballungsraum Frankfurt“ – außer acht gelassen. Eine abschließende Klärung dieser Frage scheint vordringlich.

C.2.2 Maßstab

Fragwürdig scheint gleichfalls der in Art 11 Abs. 7 vorgesehene Maßstab von 1:50.000, mit der der für den Regionalplan derzeit gebräuchliche Maßstab von 1:100.000 „ergänzt“ werden soll. Um Bebauungspläne, wie in § 8 (2) BauGB gefordert, aus dem Flächennutzungsplan (FNP) entwickeln zu können, müssen die ein-

³ Vgl. PRIEBIS, Axel 1998: Regionaler Flächennutzungsplan. In: Mitteilungen der Akademie für Raumordnung und Landesplanung 2/98. S. 1 ff.

⁴ Vgl. u.a. BIELENBERG u.a. 1998: Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, 38. Lfg., Band 2, S. 21ff.. Bielefeld; mündl. Auskunft Prof. Thomas Groß, Gießen, vom 11.05.2000.

zelen Flächen im zu beplanenden Bereich zwar nicht parzellenscharf abgegrenzt, aber doch eindeutig identifizierbar sein. Benötigt werden dazu deutlich größere Darstellungen. Die meisten Kommunen haben sich hierbei für die Maßstäbe 1:10.000 oder 1:5000 entschieden⁵. Selbst bei einer erheblich generalisierenderen Darstellung des RFP scheint es nicht möglich, den Maßstab von 1:25.000 zu unterschreiten. Bereits diese Darstellungsgröße würde angesichts der zwangsläufigen Vielzahl sich überlagernder Karteninhalte zu starken Einschränkungen der Übersichtlichkeit führen. Trotz dieses für FNP vergleichsweise kleinen Maßstabs würde damit für das vorgesehene Planungsgebiet ein Kartensatz mit voraussichtlich vier Teilkarten notwendig.

C.2.3 Arbeitspraktische Erwägungen

Die in Art. 2 fixierten Regelungen werfen eine Vielzahl von Fragen zur praktischen Umsetzung des RFP auf. So dürfte der Erarbeitungsprozeß der flächennutzungsplantypischen Festlegungen erhebliche Probleme aufwerfen: Schon der aktuelle FNP des UVF ist der räumlich ausgedehnteste Deutschlands. Zu seiner Aufstellung war die Bearbeitung einer fünfstelligen Zahl von Einzelanträgen erforderlich, ein Prozeß, der bis zur Feststellung durch die Landesregierung insgesamt 12 Jahre in Anspruch nahm. Der FNP wurde angesichts dieser Komplexität nie komplett fortgeschrieben, sondern von Fall zu Fall über Abweichungsanträge der Gemeinden verändert; eine grundsätzliche Anpassung an gewandelte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und entsprechend neue Herausforderungen für die Stadt- und Regionalentwicklung, wie sie sich u.a. in den novellierten Grundsätzen der Bauleitplanung in §1 BauGB und der Raumordnung in §2 ROG spiegeln, konnte so nicht erfolgen. Bei der gegenüber dem UVF von 43 auf 75 gestiegenen Zahl von Kommunen und einer entsprechenden Erweiterung des zu beplanenden Territoriums werden diese Probleme eher zu- als abnehmen, wobei nun jedoch § 7 Abs. 6 HLPG anzuwenden ist, der eine Fortschreibung der Regionalpläne binnen fünf Jahren vorsieht.

Für den gleichfalls für das gesamte Planungsverbandsgebiet aufzustellenden Landschaftsplan nach § 4 Naturschutzgesetz (HeNatG) müssen nach den Erfahrungen des UVF mit der Aufstellung des gemeinsamen „Pilot-Landschaftsplans“ für die Kommunen Flörsheim, Hattersheim und Hochheim ähnliche Bedenken geltend gemacht werden.

C.2.4 Arbeit der Gemeindekammer

Die Erfahrungen mit der Arbeit der Gemeindekammer des UVF sprechen gegen eine Übertragung des Modells auf den beabsichtigten Planungsverband. Eine tatsächliche

⁵ Vgl. Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.) 1996: Die Flächennutzungsplanung – Bestandsaufnahme und Perspektiven für die kommunale Praxis. = Beiträge zur Stadtforschung. Band 20. Berlin.

Abwägung und ein Ausgleich der unterschiedlichen kommunalen Interessen kam bestenfalls ausnahmsweise zustande und trat regelmäßig zugunsten einer faktischen Addition der einzelnen Ausweisungswünsche in den Hintergrund. Eine Diskussionskultur über die Ziele und Notwendigkeiten der gemeinsamen Flächennutzungsplanung entwickelte sich unter den 43 Bürgermeistern und Stadträten nicht.

Dies weist auf ein grundsätzliches Problem der Gemeindekammerkonstruktion hin. Die genannten Vertreter sind zunächst und zuvorderst auf das Wohl der Entscheidungsgörperschaften verpflichtet bzw. vereidigt; diese Loyalität wird das regionale Ehrenamt zwangsläufig dominieren. Regionalpolitisch notwendige Entscheidungen zu Lasten kommunaler Eigeninteressen sind so von den einzelnen Funktionsträgern nur schwer zu erwarten. Selbst Mehrheitsentscheidungen zu Lasten bestimmter Kommunen bleiben die Ausnahme. Es dominiert der „kleinste gemeinsame Nenner“, der in wechselnden teilregionalen und parteipolitischen Arbeitsbündnissen ausgehandelt wird. Bei den Aushandlungsprozessen kommt es zu „Zug-um-Zug-Geschäften“, wobei das Wesen der konkreten Planungsentscheidung meist in den Hintergrund tritt.

Die beabsichtigte erhebliche Vergrößerung der GK auf 75 Mitglieder reduziert die Zahl der Entscheidungssituationen, in der die jeweilige Kommune unmittelbar betroffen ist. Der Anreiz zur sachgerechten Auseinandersetzung mit den einzelnen Entscheidungen sinkt dadurch weiter. Die Komplexität der Aushandlungsprozesse wird sich allerdings durch den erweiterten Personenkreis und die steigende Zahl der zu verhandelnden Entscheidungen erheblich erhöhen, was der Qualität der Planungsentscheidungen abträglich sein muß.

C.2.5 Verhältnis Gemeindekammer – Regionalversammlung Südhessen (RVS)

Die erwähnte Komplexität der Aushandlungsprozesse erhält dank der inkongruenten flächenmäßigen Zuständigkeitsbereiche des Planungsverbandes und der Regionalversammlung – so die eingangs erwähnten Bedenken ausgeräumt werden können – eine neue Dimension. Das postulierte Ziel, die Erstellung eines „widerspruchsfreien Plans mit allen Darstellungen der Regionalplanung und der Flächennutzungsplanung“, erfordert für alle inhaltlichen und flächenbezogenen Ausweisungen, die zugleich regionalplanerische und flächennutzungsplanbezogene Aussagen enthalten, gleichlautende Beschlüsse der Gemeindekammer und der RVS. Die gerade erfolgte Fortschreibung des südhessischen Regionalplans offenbart die quantitativen Ausmaße dieses Vorhabens: Überschlüssig 50% der mehreren Tausend Einzelentscheidungen der RVS⁶ bezogen sich dabei auf das Territorium des UVF. Die Arron-

⁶ 1995 handelte es sich um ca. 5.000 Anträge, die einzeln abzustimmen waren. Durch Bündelung konnte bei der Fortschreibung 1999 die Zahl der Einzelentscheidungen auf ca. 3.500 reduziert werden.

dierung des UVF-Territoriums zum neuen Planungsverband läßt erwarten, daß künftig mehr als zwei Drittel aller flächenbezogenen Entscheidungen der RVS potentiell mit dem Planungsverband abzustimmen sind. Die hohe Zahl von Änderungsverfahren, die in den letzten Jahren parallel zum FNP und zum Regionalplan durchgeführt wurden, läßt ahnen, in welchem Maße dieses Potential ausgeschöpft werden wird.

Die unmittelbare Abstimmungsnotwendigkeit trifft zwei Gremien mit unterschiedlichen gesetzlichen Planungsaufgaben, mit zu großen Teilen unterschiedlichem politischen Personal und – derzeit ist dies der Fall – möglicherweise unterschiedlichen politischen Mehrheiten. Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle der zuständigen Planungsabteilungen. Es ist nach den Vorstellungen des Gesetzentwurfs nicht etwa eine einzige Planungsstelle, welche die inhaltlichen und technischen Entscheidungsgrundlagen beider Gremien vorbereitet: Hier treffen mit der Abt. Flächennutzungsplanung des UVF und der Abt. Regionalplanung des Regierungspräsidiums Darmstadt fachlich bewährte Institutionen aufeinander, die in den vergangenen Jahren durchaus unterschiedliche, ihren jeweiligen Aufgabenfeldern angepaßte Planungskulturen entwickelt haben.

Es ist zu vermuten, daß dem vorsorglich in § 9a (Neu) HLPG vorgesehenen zehnköpfigen Vermittlungsausschuß beider Gremien eine tragende Funktion bei der Formulierung gemeinsamer Planaussagen zukommen wird. Es scheint zweifelhaft, ob den Mitgliedern dieses zusätzlichen Gremiums – i.d.R. Bürgermeister, Beigeordnete etc. – die ehrenamtliche Erledigung der voraussichtlich umfangreichen Vermittlungstätigkeit zugemutet werden kann.

C.3 *Schlußfolgerungen zu C., Empfehlung*

Aus den beschriebenen Gründen heraus müssen erhebliche Zweifel daran bestehen, daß, wie in der Begründung zum BallungsraumG formuliert, mit der Einrichtung des Planungsverbandes und der Einführung des RFP die „Planungsprozesse vereinfacht und beschleunigt“ werden können. Zwar tritt für einen Teil der Region Rhein-Main tatsächlich ein Planwerk – der RFP – an die Stelle der bisher separat erarbeiteten Regional- bzw. Flächennutzungspläne. Der RFP wird jedoch künftig von zwei Verwaltungen nach den Bestimmungen der unterschiedlichen Fachgesetze erstellt und von zwei Gremien mit zu erwartenden hohen Reibungsverlusten parallel beraten und beschlossen. Ein bislang unbekanntes Gremium, der Vermittlungsausschuß, kommt neu hinzu. Eine Vereinfachung ist somit bestenfalls scheinbar zu erkennen. Tatsächlich kommt es in erheblichem Umfang zu einer Dualität von Arbeitsschritten.

Auch eine Beschleunigung der Planungsverfahren ist nicht zu erwarten. Es ist bei Umsetzung des RFP angesichts der hohen Zahl von Prozeß- und Vermittlungsschritten vielmehr fraglich, ob die in § 9 Abs. 5 gesetzte Frist von drei Monaten zur Entscheidung über einen Abweichungsantrag im Einzelfall gehalten werden kann.

Der Planungsverband selbst nimmt eine territoriale Größe an, in der unter aktuellen Bedingungen eine sachgerechte Flächennutzungsplanung schwerlich denkbar ist. Der Einschätzung, der „Ballungsraum Rhein-Main“ biete sich wegen seiner besonderen Struktur geradezu für die Aufstellung eines RFP an (vgl. S. 31 Begründung BallungsraumG), erweist sich als schwer nachvollziehbar. Die Interpretation des § 9 Abs. 6 ROG läßt unseres Erachtens auch eine solch weite regionale Fassung der Erstellung von regionalen Flächennutzungsplänen nicht zu.

Empfehlung: *Die geschilderten qualitativen und demokratietheoretischen Mängel der Gemeindekammerlösung ließen sich grundsätzlich nur durch die Direktwahl der Verbandsversammlung heilen. Dieser Weg ist jedoch nur nach einer Änderung des BauGB denkbar⁷. Es sollte daher erwogen werden, in der Region Rhein-Main die Flächennutzungsplanung auf die Gemeindeebene zurückzuverlagern. Die durch Direktwahl zu legitimierende, kommunal verfaßte Regionalplanung sollte die zur geordneten Regionalentwicklung notwendigen Vorgaben für die Flächennutzungsplanung der Gemeinden entwickeln. Zur besseren Umsetzung regionaler Interessen sollte sie mit dem Instrument des Planungsgebotes ausgestattet werden⁸.*

D. Aufgabenspezifische Zusammenschlüsse

Die Landesregierung hat erkannt, daß durch die „zunehmende regionale Verflechtung bedeutsame, aus dem kommunalen Bereich herrührende Aufgaben örtliche Grenzen überschreiten“ (S. 25 Begründung BallungsraumG). Zur Erledigung dieser Aufgaben soll eine Vielzahl „funktionsspezifischer Organisationseinheiten“ gebildet werden.

Die Vorteile aufgabenspezifischer Zusammenschlüsse, ihre von Aufgabe zu Aufgabe angepaßte räumliche Abgrenzung, sind unbestreitbar. So könnte z.B. die regionale Trägerschaftsaufgabe Wasserversorgung in einem Verband unter Einbeziehung der Hauptlieferanten und der Hauptnutzer gemeinsam geregelt werden. Da sich diese Versorgungsbeziehungen vom Hessischen Ried bis in den Vogelsberg erstrecken (und damit z.T. sogar außerhalb der Region liegen), scheint kein anderer Vorschlag in der Lage, hier zu einer ähnlich problemangepaßten Lösung zu gelangen.

⁷ Die Notwendigkeit der Schaffung von Gemeindekammern zur Beschlußfassung über Fragen der gemeinsamen Flächennutzungsplanung findet sich in einem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes. Hiernach ist zwingend vorgeschrieben, daß Planungsverbände nach § 205 BauGB „mitgliedschaftliche Mitwirkungsrechte haben, so daß die Übertragung der Flächennutzungsplanung auf eine direkt gewählte Versammlung nicht zulässig ist“ (BVerfGE 1977, 288, 302 ff.).

⁸ Diese Androhung des Eingriffs in die kommunale Planungshoheit kann praktiziert werden (u.a. „Verband Region Stuttgart“), da die in Art. 28 GG genannte kommunale Selbstverwaltungsgarantie unter Gesetzesvorbehalt steht. So hat das Bundesverfassungsgericht am 23.06.1987 entschieden, daß „Festsetzungen der Landesplanung zulässige Eingriffe in die gemeindliche Planungshoheit sind, wenn sie durch die Wahrung überörtlicher Interessen gerechtfertigt und verhältnismäßig sind“ (BVerfGE 1976, 107 - 119).

In der Gesamtkonstruktion sind durch die Fragmentierung allerdings große Nachteile in den Bereichen Abstimmung, Transparenz und demokratische Legitimation vorgezeichnet, welche die Sinnhaftigkeit des Konzepts stark in Frage stellen (siehe D.3).

D.1 Aufgabenumfang, innerregionaler Lastenausgleich

Der Aufgabenumfang orientiert sich an den gesetzlichen Zuständigkeiten des bisherigen Umlandverbandes. Zentraler Bestandteil der Regionalreformdebatte der vergangenen Dekade waren die Disparitäten zwischen den Kernstädten und ihrem Umland. Die Kernstädte, in der Region neben Frankfurt noch Darmstadt, Wiesbaden und Offenbach, stellen Kulturangebote und andere Infrastrukturleistungen bereit, von denen auch das Umland profitiert. Gleichzeitig ballen sich in den Zentren die sozialen Risiken. Die Folge: Für die Kernstädte wird es immer schwieriger, die finanziellen Mittel zum Ausgleich dieser Disparitäten aufzubringen. Das Vorhandensein erheblicher Leistungsüberschüsse der Kernstädte kann als gesichert gelten⁹. Die Nachteile dieser innerregionalen sozialräumlichen Polarisierung und Disparitäten wirken sich zwangsläufig auf die Gesamtregion aus. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit der vorgelegte Gesetzentwurf hier Abhilfe verspricht.

Gemeinsame Trägerschaften in den Bereichen „Sport, Freizeit und Erholungsanlagen“ sowie von „kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung“ könnten im Sinne eines Lastenausgleichs einen Beitrag leisten. Da im Gesetzentwurf auf einen Katalog solcher Einrichtungen verzichtet wird, bleibt die Festlegung im Einzelfall in das Belieben der Gebietskörperschaften gestellt. Der Erfolg dieser Bemühungen scheint angesichts der gesammelten Erfahrungen mehr als ungewiß. Ohnehin erstrecken sich die gewählten Aufgaben nicht auf den Sozialbereich. Hier erscheinen neue regionale Steuerungsmodelle und ein Sozialhilfelastenausgleich notwendig.

Ein Lastenausgleich scheint im Rahmen der beschriebenen Aufgaben daher nur sehr eingeschränkt und keinesfalls im erforderlichen Umfang möglich.

⁹ Vgl. insbesondere HLT 1993: Finanzkraft der hessischen Gemeinden 1988-1992. = HLT-Report 409. Wiesbaden; HLT 1995: Finanzkraft und Zuschußbedarf hessischer Kommunen. = HLT-Report 474. Wiesbaden. Die HLT faßt ihre Ergebnisse wie folgt zusammen: „(Es läßt sich) schlußfolgern, daß die Nähe zu den Zentren ein doppelter Vorteil ist: Gemeinden und Landkreise im Umland der Kernstädte haben im Durchschnitt aufgrund ihrer Lage eine besonders hohe Finanzkraft, und ihre Ausgabenbelastung ist in bestimmten Ausgabenfeldern deutlich niedriger als in vergleichbaren Gemeinden und Landkreisen, die von den Zentren weiter entfernt sind. Der doppelte Vorteil ist ein besonderer Anreiz für die betroffenen Kommunen, ihre Attraktivität als Wohn- und/oder Gewerbestandort zu erhöhen, ohne die möglichen Kosten, die für die Region insgesamt entstehen, - z.B. durch die wachsende Beanspruchung der Infrastruktureinrichtungen der Zentren - tragen zu müssen“ (HLT 1995, 6). Die Ergebnisse decken sich mit Untersuchungen aus anderen Bundesländern (vgl. u.a. Bayrisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umwelt 1992: Finanzausgleichsrelevante Probleme zwischen Stadt und Umland. München.)

D.2 Pflichtverband

Die Aussage, wonach der „Landesregierung mit der gesetzlichen Bestimmung (zur Einführung des Pflichtverbandes) ein Zwangsmittel zur Verfügung gestellt wird, durch das sie, nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten, eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung doch noch herbeiführen kann“ (S. 29 Begründung BallungsraumG), überrascht. Die Landesregierung verfügt über das beschriebene Zwangsmittel bereits; einer Anwendung steht nur der politische Wille entgegen.

In §34 des „Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit“ (KGG) sind „Pflichtverbände und Pflichtgemeinschaften“ geregelt. Art. 1 §6 BallungsraumG nimmt selbst darauf Bezug. Auch die hier vorgesehene Erklärung der Dringlichkeit der zu erledigenden Aufgabe aus dem Katalog in Art. 1 §1 mit Fristsetzung zur gemeinsamen Aufgabenerledigung ist in § 29 KGG vorgesehen. Gleiches gilt für die Deckung des Finanzbedarfs in §19 KGG. Abweichungen ergeben sich lediglich aus der Absicht, die genannten Pflichtverbände auf dem Weg der Rechtsverordnung und nicht auf dem Weg der behördlichen Verfügung zu etablieren. Vom Ergebnis her bleibt dieser Unterschied unerheblich.

Als inkonsequent wird empfunden, daß die Landesregierung einerseits den Bedarf für die gemeinsame Aufgabenerledigung erkennt, andererseits jedoch auf eine vorsorgliche Fristsetzung verzichtet. Der zeitlich nicht bestimmten Erklärung der Dringlichkeit im Einzelfall folgen ohnehin Widerspruchsregelungen, die eine Entscheidung der Landesregierung erst nach einer Frist von ein bis zwei Jahren möglich macht. Auffallend ist in diesem Kontext auch die geringe Selbstbindung der Landesregierung, die zunächst die Dringlichkeit erkennen *kann*, dann den Pflichtverband etablieren *kann*, um sich für den Fall des Widerspruchs des RdR erneut eine Entscheidung vorzubehalten (vgl. Art. 1 §6 BallungsraumG). Das vollständige Fehlen automatischer Beschlußabläufe schadet dem Aufbau einer geeigneten Durchsetzungskulisse. Dies schränkt die Handlungsspielräume der Landesregierung zugunsten regionaler Lösungen unnötig ein.

Ein zentraler Widerspruch zum eigentlichen Vorteil aufgabenspezifischer Zusammenschlüsse, der von Fall zu Fall wechselnden Abgrenzung, ergibt sich daraus, daß sich die Sanktionsandrohung im Grundsatz ohnehin nur auf den Bereich des definierten „Ballungsraums Frankfurt“ bezieht. Zwar können nach Art. 1 §1 Abs. 2 BallungsraumG die Zusammenschlüsse „im Einzelfall von den räumlichen Grenzen des Ballungsraums Frankfurt (...) abweichen“. In den Regelungen zur Etablierung von Pflichtverbänden wird darauf jedoch nicht Bezug genommen.

D.3 Arbeitspraktische Erwägungen

Die Verknüpfung von zahlreichen Zweckverbänden mit einem nur für Planungsaufgaben zuständigen PBV läßt erhebliche Abstimmungsprobleme erwarten. Ungeklärt scheint z.B. das praktische (Macht)verhältnis zwischen der GK des PBV, dem RdR und den per Delegationsprinzip beschickten Zweckverbandsversammlungen.

Eine Fragmentierung regionaler Aufgaben in eine Vielzahl von Zweckverbänden und privatrechtlichen Einzellösungen würde logischerweise zu einer Inflation von Regionalpolitiken führen, die fragmentierte Ziele vertreten. Interessenkonflikte werden so multipliziert statt integriert. Synergiepotentiale der vielfältig verflochtenen Aufgabenbereiche bleiben ungenutzt, Verwaltungskraft wird absehbar¹⁰ vergeudet. Für die Arbeitspraxis der verschiedenen Institutionen steht analog zur GK des PBV die in C.2.4 erwähnte Orientierung am „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zu erwarten.

Erneut sollten demokratiethoretische Erwägungen in die Betrachtungen einbezogen werden. Die Zweckverbandsversammlungen und Aufsichtsräte sind dem Blickfeld des Bürgers entzogen; ihre Entscheidungen damit nicht genügend durch Wahl der Entscheider legitimiert. Die demokratische Praxis lebt von bürgerschaftlichem Engagement. Dieses kann sich nur entfalten, wenn ein Mindestmaß an Transparenz Probleme und Zuständigkeiten erkennbar macht.

Die direkt gewählten Kommunalparlamente haben nur einen stark eingeschränkten Zugriff auf den Wirkungskreis der aufgabenspezifischen Zusammenschlüsse. Je nach Größe der Aufsichtsgremien ist eine Beteiligung kleinerer Parteien fraglich; umgekehrt würde bei der angestrebten Ausdehnung der Zusammenschlüsse ihre Berücksichtigung die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen, so daß eine insgesamt befriedigende Lösung kaum möglich scheint. Auch die Rolle der Gesellschafterversammlungen wird in diesem Zusammenhang kritisch gesehen.

Bei den Verbandslösungen ist zu bedenken, daß nur für eine kleinere Zahl hauptamtlicher Mandatsträger, die in verschiedenen der genannten Gremien zugleich vertreten sind, eine ausreichende Transparenz und ein Erkennen von intersektoralen Zusammenhängen gewährleistet ist.

¹⁰ vgl. RAUTENSTRAUCH, Lorenz 1995: Verwaltungsorganisation in der Region Rhein-Main 2000. In: SCHMID, Alfons u. Klaus WOLF 1995: Rhein-Main 2000. Perspektiven einer regionalen Raumordnungs- und Strukturpolitik. S. 55. Zwingenberg/Bergstraße.

D.4 Schlußfolgerungen zu D., Empfehlungen

Eine Abwägung der angesprochenen Vor- und Nachteile führt dazu, in der Etablierung aufgabenspezifischer Zusammenschlüsse nicht den adäquaten Weg zur Schaffung regionaler Verantwortungsstrukturen und einer Erhöhung regionaler Problemlösungskompetenz zu sehen. Kohärente Regionalpolitik ist aus fachlicher Sicht nur erfolgversprechend, wenn Planung und Umsetzung gebündelt werden. Nur so ist die erforderliche Steuerungskraft für regionale Problemlösungen zu erzielen. Ein zentrales Problem des UVF war, daß der gesetzlich vorgesehene Übergang der für die Aufgabenerledigung notwendigen Einrichtungen vom Gesetzgeber nicht durchgesetzt wurde, so daß ein erhebliches Abstimmungs- und Konfliktpotential förmlich erzeugt wurde. Die vergleichsweise erfolgreiche Arbeitsrealität des „Verbandes Region Stuttgart“ zeigt den Unterschied auf.

Auch die vorgesehenen Sanktionsmaßnahmen bleiben wenig schlagkräftig: Der Pflichtverbandsparagraph hat insoweit lediglich auffordernden Charakter. Seine Operationalisierung ist nicht gesichert.

Empfehlung: *Es wird eine Bündelung von Planungs-, Koordinations- und Trägerschaftsaufgaben empfohlen. Eine direkt gewählte und kommunal verfaßte Regionalvertretung könnte die beschriebenen Aufgaben in einer Hand wahrnehmen. Die Transparenz und die demokratische Legitimation würde deutlich erhöht. Regionale Verwaltungsstrukturen könnten so auch den administrativen Rahmen für den zunehmend als notwendig empfundenen Lastenausgleich bilden. Dabei sollte die Möglichkeit der „Ausgründung“ von eigenständigen operativen Einheiten, bspw. in der Wirtschaftsförderung, die auch Verbandsgrenzen überspringen könnten, durchaus nicht ausgeschlossen werden.*

E. „Rat der Region“

Einleitend ist festzustellen, daß die in Art. 1 §4 festgelegten, äußerst komplexen Regelungen zur Konstituierung des RdR in keinem angemessenen Verhältnis zur geringen Aufgabenzuweisung in §5 stehen. Zunächst soll daher auf den Aufgabenbereich des Gremiums eingegangen werden.

E.2 Aufgabenzuweisung des RdR

Die dem RdR in der Begründung zum BallungsraumG auf S. 43 zugebilligte „zentrale Rahmen- und Leitlinienkompetenz“ findet in den genannten Aufgaben keine Entsprechung. Die aufzustellenden „Grundsätze“ für die Durchführung gemeinsamer Aufgaben werden nicht weiter definiert; Durchsetzungsmöglichkeiten werden dem RdR nicht beigegeben. Hier soll sich das Gremium offenbar allein auf die Autorität der

versammelten Funktionsträger berufen. Organisationstheoretische Erkenntnisse und praktische Erfahrungen lassen aber vermuten, daß dies nicht genug sein wird. Entscheidender ist jedoch, daß der Gesetzentwurf vorbehaltlos von einer konstruktiven, regionale Notwendigkeiten erkennenden Haltung der Mitglieder des RdR ausgeht. Diese optimistische Grundeinstellung scheint angesichts nachweisbarer Erfahrungen der Vergangenheit nur schwer begründbar.

Es muß erwähnt werden, daß mit dem „Forum Rhein-Main“ der Industrie- und Handelskammern und dem „Wirtschaftsförderungsverein Region Frankfurt/Rhein-Main“ bereits zwei strukturell vergleichbare Institutionen bestehen. Noch mehr konzeptionelle Nähe zum RdR weist die „Regionalkonferenz“ auf, die im April 2000 von der Frankfurter Oberbürgermeisterin einberufen wurde. Die „Regionalkonferenz“ knüpft – auch was die räumliche Ausdehnung angeht - an das regionale „Forum der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Großstädte“ an, welches auf dem Papier immer noch Bestand hat. In einer „Rhein-Main-Erklärung“ bekannten sich der genannte Personenkreis bereits 1991 zur Kooperation in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Wirtschaft und Arbeitsplätze, Umwelt sowie Sport, Kultur und Bildung: Ein „neugewachsenes Regionalbewußtsein“ sollte „in einen politischen Plan für das Rhein-Main-Gebiet“ umgesetzt werden. Man erkannte, daß „sich die Zukunft von Rhein-Main nur durch gegenseitig abgestimmtes Handeln gestalten läßt“. Diese Abstimmung sollte in einer Vielzahl von Arbeitskreisen selbst für die Ausweisung von Gewerbegebieten sichergestellt werden. Deren Arbeitsergebnisse sollten bei regelmäßigen Treffen der Oberbürgermeister zu konkreten Vereinbarungen führen¹¹.

Rückblickend kann resümiert werden, daß die verabredeten Kooperationsleistungen in keiner Weise erbracht wurden¹². Dabei handelte es sich wohlgernekt weniger um Absprachen, bei denen für einzelne oder mehrere Partner im Interesse der Gesamtregion neue Lasten zu schultern gewesen wären: Die Kooperation kam selbst dann nicht zustande, wenn alle Beteiligten gemeinsam profitiert hätten („Win-Win-Situationen“).

Die Erfahrungen mit weichen Formen der Regionalentwicklung („Regionalforen“; „Städtenetze“, aber auch das Kooperationsmodell „Starkenburger“) sind oft positiver als die oben geschilderten. Sie können insbesondere das Verständnis der regionalen Akteure untereinander befördern. Auch gemeinsame Aktivitäten – Imagepflege, Tourismuswerbung, Leitbildentwicklung oder überregionale Standortwerbung nach dem Vorbild des „Kommunalverbandes Ruhrgebiet“ - scheinen möglich. In diesem Sinne

¹¹ Alle Zitate: Städte Darmstadt, Frankfurt a. M., Mainz, Offenbach a. M., Wiesbaden und Umlandverband Frankfurt (Hrsg.) 1991: Rhein-Main-Erklärung. Mainz.

¹² Abgesehen von einem gemeinsamen Stand der Städte Mainz, Wiesbaden, Darmstadt, Frankfurt am Main und Offenbach auf der Internationalen Tourismusbörse.

könnten weiteren „Kompetenzen“ des RdR, wie die Durchführung von Kommunal-konferenzen und die Pflicht zur Berichterstattung, durchaus förderlich wirken.

Die Klärung von Fragen jedoch, bei denen nicht alle Beteiligten gewinnen, mißlingt in den genannten Organisationsstrukturen erfahrungsgemäß (siehe auch C.2.4). Das „Prinzip der lokalen Optimierung“, wie *Prognos* 1991 vornehm das im Rhein-Main-Gebiet beobachtete „Kirchturmdenken“ nannte¹³, dominiert.

E.3 Zusammensetzung des RdR

Wie in C.2.4 und E.2 angesprochen wurde, können Entscheidungen zugunsten der Region von qua Amt lokal oder teilregional verpflichteten Amtsträgern nur eingeschränkt erwartet werden. Die Frage der Zusammensetzung des RdR ist angesichts der kritischen Einschätzung seiner Aufgaben aber weitgehend unerheblich. Sollte das Gremium wider Erwarten die ihm zugedachte Rolle ausfüllen, wird folgender Umstand als überdenkenswert empfunden:

Der RdR soll sich aus den Oberbürgermeistern und den Landräten als geborenen Mitgliedern und je einem delegierten Vertreter der kreisfreien- bzw. Sonderstatusstädte und der Landkreise im Bereich des „Ballungsraums Frankfurt“ zusammensetzen. Damit sind nur 5 von 75 in der Gemeindekammer des PBV beteiligten Kommunen im RdR direkt vertreten. Die Repräsentanz der kreisangehörigen Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern durch die jeweiligen Landräte steht im Einklang mit dem Charakter der Landkreise als Gemeindeverband gem. §1 HKO; gleichwohl ist anzumerken, daß hinsichtlich der anstehenden Funktionalreform erhebliche Interessenkonflikte beider Ebenen zu erwarten sind. Die Forderungskataloge des Hessischen Städtetages und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes zur Verlagerung von Selbstverwaltungsaufgaben von der Landkreis- auf die Gemeindeebene sind umfangreich¹⁴. Angesichts der in den letzten dreißig Jahren erheblich gestiegenen Verwaltungskraft der Kommunen und der Betonung des Subsidiaritätsprinzips im politischen Raum scheint eine Verlagerung zahlreicher Aufgaben auch sinnvoll. Eine Abtretung von Selbstverwaltungsaufgaben nach „unten“ bei gleichzeitiger Verlagerung von Funktionen nach „oben“ – zu den „aufgabenspezifischen Zusammenschlüssen“ – erzwingt zu Recht die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Fortbestands der aktuellen Landkreisstrukturen. Die Frage der *Funktionalreform* ist so mit der Debatte um die Ausgestaltung der *Regionalreform* untrennbar verknüpft. Daher sollte – so man den RdR weiter einzurichten gedenkt – eine Vertretung der kreisangehörigen Kommunen im RdR erwogen werden.

¹³ PROGNOSE AG 1991: Wirtschaftsförderung im Rhein-Main-Gebiet. Basel.

¹⁴ Vgl. HESSISCHER STÄDTETAG 1996: Funktionalreform. Vorbericht zur gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuß des Hessischen Städtetages am 5. Juni 1996. Wiesbaden. HESSISCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND 1996: Beitrag der hessischen kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu einer bürgernäheren und kostengünstigeren Verwaltung. Mühlheim/Main.

E.4 Schlußfolgerungen zu E., Empfehlung

Aus den im Rhein-Main-Gebiet gesammelten Erfahrungen und prinzipiellen Erwägungen heraus ist zu bezweifeln, daß der RdR in der Lage sein wird, regionale Politik im eigentlichen Sinne zu betreiben.

Empfehlung: *Ein RdR kann möglicherweise sinnvoll sein, wenn er als zweite Kammer neben einer direkt gewählten Regionalvertretung eingerichtet würde. Er wäre dann mit Beratungs- und deutlich eingeschränkten Vetorechten (u.a. aufschiebende Wirkung bei Beschlußfassungen) zu versehen. Voraussetzung für diese Lösung wäre jedoch, daß dem dort vertretenen Kreis von (Ober)bürgermeistern und Landräten der Zutritt zur direkt gewählten Regionalvertretung verwehrt bliebe. Dieses – dann ohnehin kommunal verfaßte – Gremium könnte so leichter regionale Interessen vor Partikularinteressen stellen¹⁵.*

F. Schlußbemerkungen, allgemeine Empfehlungen

Der Gesetzentwurf versucht, die geänderten strukturellen, funktionalen und regionalen Bedingungen gesellschaftlichen Zusammenwirkens in der Region Rhein-Main auch im politischen Verwaltungshandeln nachzuvollziehen und die Region im „Europa der Regionen“ zu stärken.

Die vorliegenden Artikel des Gesetzes lassen aber in maßgeblichen Punkten Zweifel aufkommen, ob dieses Vorhaben mit dem vorliegenden Entwurf gelingen kann.

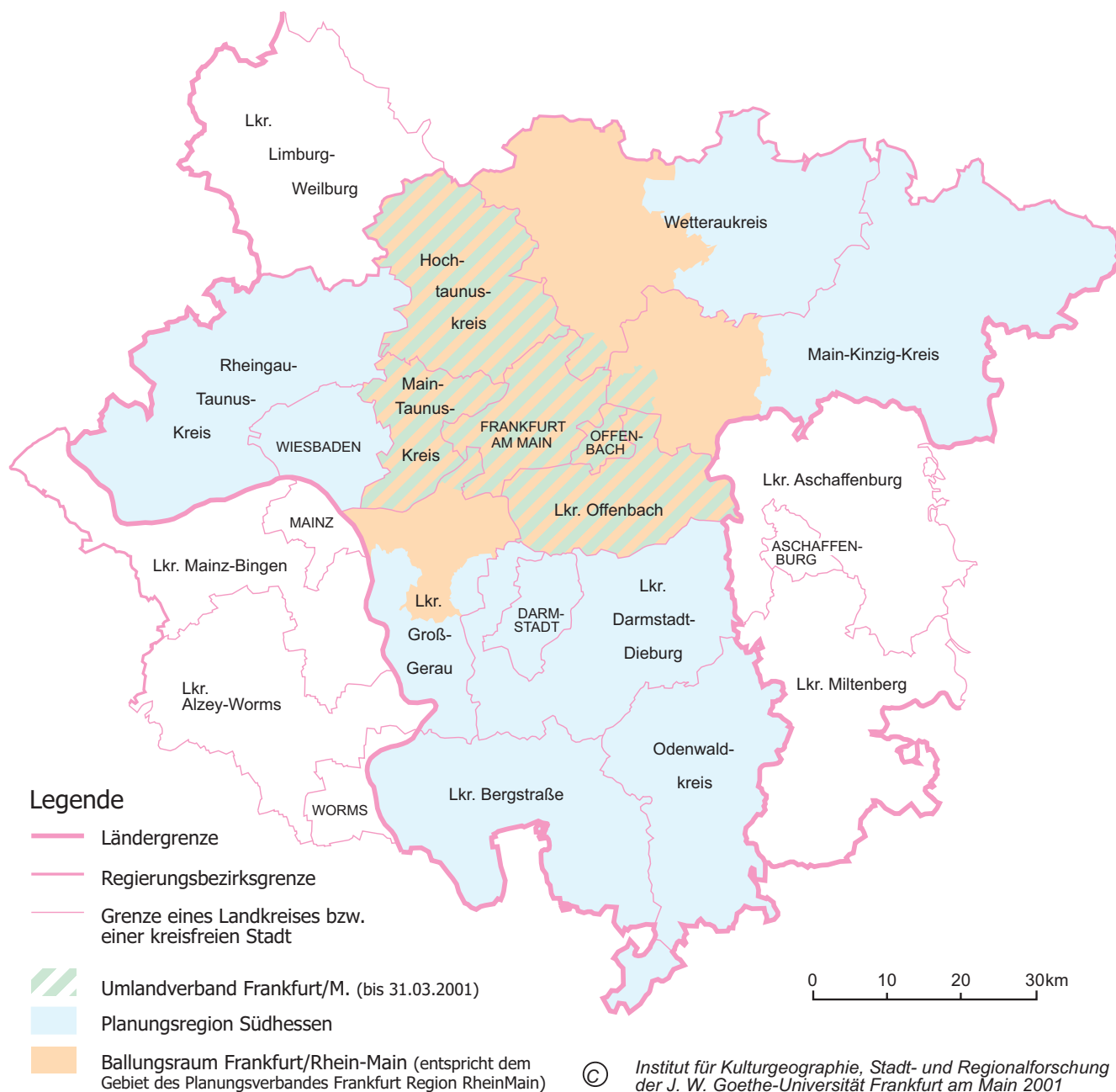
In konzeptioneller Hinsicht sind folgende grundsätzliche Komponenten zu überdenken und notwendigerweise in den Gesetzentwurf einzubeziehen bzw. in einem überarbeiteten Entwurf festzuschreiben:

- die räumliche Abgrenzung des Gebietes sollte auf jeden Fall von Wiesbaden bis Hanau reichen, den „Altkreis Hanau“ einbeziehen, im Süden auf jeden Fall Darmstadt und den gesamten Kreis Groß-Gerau umfassen. Als Name sollte stehen: „Verdichtungsraumgesetz Rhein-Main“, da nur so auch eine zukunftsorientierte Bezeichnung für den wirklichen Inhalt gefunden wäre.
- Für die in Art. 1 § 1 genannten Aufgaben sollte für ein fest definiertes Gebiet ein direkt gewähltes Parlament in dem genannten regionalen Zuschnitt zuständig sein und auch die entsprechende Finanzhoheit besitzen. Nur eine einheitliche regionale Konstruktion erzeugt identitätsstiftende Außenwirkung im Europa der Regionen. Die territorialen gesellschaftlichen Strukturen verlangen eine regionale, stadt- und landkooperative Kompetenz, die ins 21. Jahrhundert weisen.

¹⁵ Grundlage bietet hier der Art. 137 Abs. 1 GG, der die gesetzliche Regelung einer Unvereinbarkeit von politischem Wahlamt und der beruflichen Stellung als Beamter zuläßt – eine Regelung, die Bürgermeister und Landräte als Beamte auf Zeit einschließen kann, sobald die Gefahr einer Interessenkollision besteht (vgl. BverfGE 58, 177, 197). Dies kann im geschilderten Fall vorausgesetzt werden (vgl. GROSS, Thomas 1993: Rechtliche Rahmenbedingungen der Regionalreform. Typoskript. Stuttgart.)

- Ein Rat der Regionen könnte als „zweite Kammer“ dieses Parlamentes die Innovationenschmiede und das Evaluationsgremium bilden. Die staatlichen Mittelbehörden (RP und Sonderbehörden) sowie die staatlichen Abteilungen der Landkreise könnten zur Wahrung der Durchgriffsmöglichkeiten des Landes als staatliche Abteilungen der Region beigegeben werden.
- Die Flächennutzungsplanung sollte auf Grund der zu erwartenden Schwierigkeiten des geplanten regionalen Zuschnitts im Bereich des jetzigen UVF auf die Gemeinden rückübertragen werden und sich streng an die Auflagen der kommunalisierten Regionalplanung halten. Bei einer so ausgestalteten Regionalreform könnte unter Verzicht auf die derzeitigen Landkreise eine klare dreistufige Verwaltungsstruktur in der Region Rhein-Main errichtet werden („Modell Hannover“). Die fällige Verlagerung von Funktionen auf die Städte und Gemeinden sollte unter der konsequenten Beachtung des Konnexitätsprinzips erfolgen.

Umlandverband Frankfurt und Planungsverband Frankfurt Region RheinMain im Vergleich



Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit und Planung in der Region Rhein-Main

vom 19. Dezember 2000

Artikel 1 – Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG)

§ 1 - Aufgaben

(1) Zur Förderung und Sicherung einer geordneten Entwicklung und zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main sollen die Städte, Gemeinden und Landkreise des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Wahrnehmung folgender Aufgaben bilden:

1. Abfallverwertung und -beseitigung, Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen;
2. Beschaffung von Trink- und Brauchwasser;
3. überörtliche Abwasserbeseitigung;
4. Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen von überörtlicher Bedeutung;
5. Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung;
6. Standortmarketing und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung;
7. Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main;
8. regionale Verkehrsplanung und regionales Verkehrsmanagement.

(2) Die Zusammenschlüsse können auf einzelne Bereiche dieser Aufgaben beschränkt werden; sie können im Einzelfall von den räumlichen Grenzen des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main nach § 2 Abs. 1 abweichen.

§ 2 - Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und andere Räume

(1) Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main im Sinne des Gesetzes ist das Gebiet der kreisfreien Städte Frankfurt am Main und Offenbach am Main, der Städte und Gemeinden in den Landkreisen Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis und Offenbach, der Städte Bruchköbel, Hanau, Langenselbold, Maintal, Nidderau und Gemeinden Erlensee, Großkrotzenburg, Hammersbach, Neuberg, Niederdorfelden, Rodenbach,

Ronneburg, Schöneck im Main-Kinzig-Kreis, der Städte Bad Nauheim, Bad Vilbel, Butzbach, Friedberg (Hessen), Karben, Münzenberg, Niddatal, Reichelsheim (Wetterau), Rosbach v.d.Höhe und Gemeinden Florstadt, Ober-Mörlen, Rockenberg, Wölfersheim, Wöllstadt im Wetteraukreis sowie der Städte Groß-Gerau, Kelsterbach, Mörfelden-Walldorf, Raunheim, Rüsselsheim und Gemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Nauheim im Landkreis Groß-Gerau.

(2) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung festlegen, dass Städte, Gemeinden und Landkreise außerhalb des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main Zusammenschlüsse im Sinne dieses Gesetzes bilden können. Die Rechtsverordnung bestimmt Namen und Gebiet des Raums, für den die Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechend gelten. Soweit eine entsprechende Anwendung einzelner Bestimmungen nicht möglich ist, kann die Rechtsverordnung an deren Stelle tretende Regelungen treffen. Die angrenzenden Städte, Gemeinden und Landkreise sind vor Erlass der Rechtsverordnung anzuhören.

§ 3 - Grundsatz der Eigenverantwortung; Beteiligung Dritter

(1) Die Organisationsform der Zusammenschlüsse, den räumlichen und sächlichen Zuschnitt, die finanzielle Ausstattung und den Ausgleich von Vor- und Nachteilen regeln die Städte, Gemeinden und Landkreise im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main in eigener Verantwortung.

(2) An den Zusammenschlüssen können sich das Land Hessen, andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie natürliche und juristische Personen des Privatrechts beteiligen, wenn dadurch die Aufgabenerfüllung gefördert wird, Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegen stehen und deren Beteiligung durch besondere Rechtsvorschriften nicht ausgeschlossen oder beschränkt ist.

§ 4 - Rat der Region

(1) Für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird ein Rat der Region gebildet.

(2) Dem Rat der Region gehören für jede kreisfreie Stadt und jede kreisangehörige Gemeinde mit mehr als 50 000 Einwohnern im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main je zwei Mitglieder und für jeden Landkreis drei Mitglieder mit je einer Stimme an. Die Mitglieder der jeweiligen Städte und Landkreise können ihre Stimmen im Rat der Region nur einheitlich abgeben. Erfolgt keine einheitliche Stimmabgabe, werden die Stimmen als Enthaltung gewertet.

(3) Die Oberbürgermeisterinnen oder die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern sowie die Landrätinnen oder Landräte der Landkreise gehören dem Rat der Region kraft Amtes an. Die zweiten Mitglieder werden von den Vertretungskörperschaften der kreisfreien Städte, der kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern und der Landkreise im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gewählt; wählbar sind Mitglieder

ihrer Organe. Die dritten Mitglieder der Landkreise werden aus der Mitte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Gemeinden unter 50 000 Einwohnern im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gewählt. Das Verfahren dazu bestimmt die Landrätin oder der Landrat des jeweiligen Landkreises. Für jedes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu wählen; eine weitere Stellvertretung ist ausgeschlossen.

(4) Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungskörperschaften der betroffenen Kommunen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Nach Ablauf der Wahlzeit üben die bisherigen Mitglieder ihre Tätigkeit bis zur Wahl neuer Mitglieder weiter aus.

(5) Den Vorsitz für die Dauer der ersten Wahlzeit hat die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main. Der Rat der Region wählt für die Dauer der Wahlzeit nach Abs. 4 die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden und nach Ablauf der ersten Wahlzeit die Vorsitzende oder den Vorsitzenden.

(6) Der Rat der Region tritt zum ersten Mal binnen drei Monaten nach Beginn der Wahlzeit, im Übrigen so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens zweimal im Jahr.

(7) Für das Verfahren, insbesondere für die Beschlussfähigkeit und für die Abstimmung, für die Aufgaben des oder der Vorsitzenden und für die Niederschrift gelten die Vorschriften der §§ 67 bis 69 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend mit der Maßgabe, dass die Ladungsfrist zwei Wochen beträgt; der oder die Vorsitzende kann sie in Eilfällen bis auf drei Tage abkürzen. Der Rat der Region kann Sachverständige und Beraterinnen oder Berater zuziehen.

(8) Die Tätigkeit als gewähltes Mitglied im Rat der Region endet:

1. mit dem Ausscheiden aus einem Organ der entsendenden kreisfreien Stadt, kreisangehörigen Gemeinde mit mehr als 50 000 Einwohnern oder des Landkreises,
2. mit dem Ausscheiden aus dem Amt als Bürgermeisterin oder Bürgermeister,
3. durch schriftlichen Verzicht gegenüber der oder dem Vorsitzenden der entsendenden Vertretungskörperschaft.

(9) Zur Führung seiner Geschäfte bedient sich der Rat der Region der Geschäftsstelle des Planungsverbandes nach dem Gesetz über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Der Planungsverband berücksichtigt die Kosten der Geschäftsführung bei der Bemessung seiner Verbandsumlage.

§ 5 - Aufgaben des Rates der Region

Der Rat der Region hat die folgenden Aufgaben:

1. Aufstellung der Grundsätze für die Durchführung der im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gemeinsam wahrzunehmenden Aufgaben,
2. Durchführung von Kommunalkonferenzen zur Förderung und Sicherung einer geordneten Entwicklung in der Region und Auswertung der Ergebnisse dieser Konferenzen,
3. Erstellung eines Jahresberichts über den Stand der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main und Vorlage dieses Berichts an die Städte, Gemeinden und Landkreise zur Beratung,
4. Maßnahmen zur Erarbeitung eines gemeinsamen Erscheinungsbildes der Region,
5. Beteiligung der außerhalb des Ballungsraums gelegenen Kommunen und kommunalen Zusammenschlüsse bei ballungsraumüberschreitenden Wirkungen der kommunalen Zusammenarbeit.

§ 6 - Pflichtverband

(1) Die Landesregierung kann die Erfüllung einer der in § 1 Abs. 1 Nr. 2 bis 8 dieses Gesetzes genannten Aufgaben durch einen Zusammenschluss nach § 1 für dringlich erklären, wenn die Erfüllung dieser Aufgaben aus Gründen des öffentlichen Wohles dringend geboten ist und ohne den Zusammenschluss nicht wirksam oder zweckmäßig erfolgen kann. Im Beschluss der Landesregierung ist die Aufgabe mit den davon betroffenen Einrichtungen zu beschreiben. Der Beschluss der Landesregierung ist im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen. Wird für eine als dringlich erklärte Aufgabe der Zusammenschluss nicht binnen eines Jahres nach der Veröffentlichung des Beschlusses der Landesregierung gebildet, kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung Städte, Gemeinden und Landkreise zur Wahrnehmung dieser Aufgabe zu einem Pflichtverband zusammenschließen. Die Landesregierung erlässt in der Rechtsverordnung

1. die Satzung des Pflichtverbandes entsprechend § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit,
2. die Regelungen zur Überleitung von Personal und Sachen sowie über die Deckung des Finanzbedarfs.

(2) Innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach der Veröffentlichung des Beschlusses nach Abs. 1 Satz 3 haben die betroffenen Städte, Gemeinden und Landkreise im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main sowie der Rat der Region Gelegenheit zur Äußerung. Widerspricht der Rat der Region einstimmig der Beurteilung der Landesregierung nach Abs. 1 Satz 1, entscheidet sie nicht vor Ablauf eines Jahres nach dem Widerspruch.

(3) Auf den Pflichtverband finden die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit Anwendung, sofern dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Regelungen nach § 13 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit über den Pflichtanschluss bleiben unberührt.

§ 7 - Rechtsübergang

Wird ein Pflichtverband nach § 6 gebildet, gehen mit In-Kraft-Treten der Rechtsverordnung die zur Durchführung der Aufgabe vorhandenen Einrichtungen der Verbandsmitglieder einschließlich der mit diesen verbundenen Grundstücke, Rechte und Pflichten unentgeltlich in das Eigentum des Pflichtverbandes über. Für die erforderlichen Rechtshandlungen werden vom Land Hessen und den Gemeinden keine Steuern, Abgaben oder Gerichtskosten erhoben. Soweit für die Wahrnehmung der Aufgaben des Pflichtverbandes bereits Beteiligungen der Verbandsmitglieder an anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften bestehen oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen gelten, tritt der Pflichtverband in die Rechtsstellung seiner daran beteiligten Verbandsmitglieder ein. Bei Beteiligungen an Unternehmen und sonstigen Vereinigungen sind die Verbandsmitglieder zu den hierzu notwendigen Rechtsgeschäften und Verwaltungsmaßnahmen verpflichtet.

§ 8 - In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am 1. April 2001 in Kraft und mit Ablauf des 31. März 2006 außer Kraft.

Artikel 2

Gesetz über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (PlanvG)

§ 1 - Bildung des Planungsverbandes

(1) Für das Gebiet des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird ein Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gebildet, dessen Mitglieder die jeweils n Mitglieder die jeweils zugehörigen Städte und Gemeinden nach § 2 Abs. 1 des vorgenannten Gesetzes sind.

(2) Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main. Er ist ein Planungsverband im Sinne des § 205 des Baugesetzbuchs. Er regelt seine Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen unter eigener Verantwortung durch Satzung. Er hat Dienstherrnfähigkeit.

(3) Der Verband richtet zur Erfüllung seiner Aufgaben an seinem Sitz eine Geschäftsstelle ein.

§ 2 - Aufgaben

(1) Der Planungsverband hat die folgenden Aufgaben:

1. Aufstellung, Änderung und Aufhebung des Flächennutzungsplans für das Gebiet des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main mit der Maßgabe, dass die Darstellungen nach § 5 des Baugesetzbuchs, die zugleich Festlegungen nach § 6 Abs. 3 des Hessischen Landesplanungsgesetzes sind, im Zusammenwirken mit der Regionalversammlung Südhessen entwickelt und nach näherer Bestimmung des § 9 a des Hessischen Landesplanungsgesetzes gemeinsam beschlossen werden (Regionaler Flächennutzungsplan);
2. Aufstellung und Änderung des Landschaftsplans für das Gebiet des Ballungsraums Frankfurt/Rhein-Main nach § 4 Abs. 2 des Hessischen Naturschutzgesetzes.

(2) Bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main kann der Planungsverband mitwirken.

§ 3 - Organe

Organe des Verbandes sind die Verbandskammer und der Verbandsvorstand.

§ 4 - Aufgaben der Verbandskammer

(1) Die Verbandskammer trifft alle wichtigen Entscheidungen des Verbandes und überwacht die gesamte Verwaltung. Hinsichtlich der Übertragung von Angelegenheiten und der Kontrolle der Verwaltung gilt § 50 Abs. 1 und 2 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend.

(2) Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann sie nicht übertragen:

1. die Aufgaben nach § 2,
2. Erlass, Änderung und Aufhebung von Satzungen,
3. die von der Verbandskammer vorzunehmenden Wahlen,
4. Aufstellung von Grundsätzen, nach denen die Verwaltung geführt werden soll,
5. Erlass der Haushaltssatzung und Festsetzung des Investitionsprogramms,
6. Entscheidungen im Sinne des § 51 Nr. 5, 8, 9, 11, 15, 17 und 18 der Hessischen Gemeindeordnung.

§ 5 - Zusammensetzung und Wahl der Verbandskammer

- (1) Die Mitglieder des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main entsenden je eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Verbandskammer.
- (2) Die Vertreterin oder der Vertreter der Stadt Frankfurt am Main hat 12 Stimmen, der Stadt Offenbach am Main vier Stimmen, der Stadt Hanau drei Stimmen, der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern je zwei Stimmen und der anderen Städte und Gemeinden je eine Stimme.
- (3) Die Vertreterinnen oder Vertreter werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder gewählt; wählbar sind nur Mitglieder ihrer Organe. Für jede Vertreterin oder jeden Vertreter ist eine Stellvertretung und eine weitere Stellvertretung zu wählen. § 37 der Hessischen Gemeindeordnung gilt entsprechend.
- (4) Die Wahl erfolgt für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungskörperschaft der Verbandsmitglieder. Nach Ablauf der Wahlzeit üben die bisherigen Vertreterinnen und Vertreter ihre Tätigkeit bis zur Wahl neuer Vertreterinnen und Vertreter weiter aus.
- (5) Die Tätigkeit als Vertreterin oder Vertreter endet
 1. mit dem Ausscheiden aus einem Organ des entsendenden Verbandsmitgliedes,
 2. durch schriftlichen Verzicht gegenüber der oder dem Vorsitzenden der entsendenden Vertretungskörperschaft,
 3. mit der Abberufung aus wichtigem Grund; § 86 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend.

§ 6 - Rechtsstellung der Vertreterinnen und Vertreter

- (1) Die Vertreterinnen und Vertreter in der Verbandskammer sind ehrenamtlich tätig. Die §§ 24 bis 27 und § 36 a der Hessischen Gemeindeordnung gelten entsprechend. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Verbandsvorstand.
- (2) Die Verbandsmitglieder können ihre Vertreterinnen und Vertreter anweisen, wie sie in der Verbandskammer abzustimmen haben. Die Abstimmung entgegen der Weisung berührt die Gültigkeit des Beschlusses der Verbandskammer nicht.

§ 7 - Verfahren und Vorsitz in der Verbandskammer

- (1) Die Mitglieder der Verbandskammer sind binnen drei Monaten nach Beginn der Wahlzeit der Gemeindevertretungen zu wählen und unverzüglich der Verbandsdirektorin oder dem Verbandsdirektor zu benennen; die erste Sitzung der Verbandskammer wird binnen eines weiteren Monats von der Verbandsdirektorin oder dem Verbandsdirektor unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

(2) Die Verbandskammer tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens zwei Mal im Jahr. Sie muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel der Vertreterinnen oder Vertreter, der Verbandsvorstand oder die Verbandsdirektorin oder der Verbandsdirektor unter Angabe der zur Verhandlung zu stellenden Gegenstände verlangt.

(3) Die Verbandskammer wählt in der ersten Sitzung nach der Wahl aus ihrer Mitte eine oder einen Vorsitzenden und deren Stellvertretung. Bis zur Wahl der oder des Vorsitzenden führt das an Jahren älteste Mitglied den Vorsitz.

(4) Für das Verfahren, insbesondere für die Beschlussfähigkeit, für Abstimmungen und Wahlen, für die Aufgaben der oder des Vorsitzenden, für die Teilnahme des Verbandsvorstandes an den Sitzungen der Verbandskammer, für die Aufrechterhaltung der Sitzungsordnung und für die Niederschrift gelten die Vorschriften der §§ 52 bis 55, § 57 Abs. 2, §§ 58 bis 61 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend mit der Maßgabe, dass die Ladungsfrist zwei Wochen beträgt; die oder der Vorsitzende kann sie in eiligen Fällen bis auf drei Tage abkürzen.

(5) Die Verbandskammer kann Ausschüsse bilden und Sachverständige und Beraterinnen oder Berater zuziehen. Für die Wahl der Ausschussmitglieder und das Verfahren der Ausschüsse gelten die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend.

§ 8 - Verbandsvorstand

(1) Der Verbandsvorstand ist die Verwaltungsbehörde des Verbandes. Er besteht aus der oder dem hauptamtlichen Vorsitzenden (Verbandsdirektorin oder Verbandsdirektor), einem oder einer hauptamtlichen Ersten Beigeordneten als Stellvertretung und einem oder einer ehrenamtlichen Beigeordneten.

(2) Der Verbandsvorstand vertritt den Verband. Er besorgt nach den Beschlüssen der Verbandskammer im Rahmen der bereit gestellten Mittel die laufende Verwaltung des Verbandes. Der Verbandsvorstand hat die Verbandskammer über die wichtigen Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde sowie alle Anordnungen, bei denen die Aufsichtsbehörde dies ausdrücklich bestimmt hat, mitzuteilen. Hinsichtlich der Rechte und Aufgaben der Verbandsdirektorin oder des Verbandsdirektors gelten die Vorschriften der §§ 63, 70 und 74 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend.

(3) Die Verbandsdirektorin oder der Verbandsdirektor und die oder der hauptamtliche Erste Beigeordnete werden von der Verbandskammer als Beamtin oder Beamter auf Zeit gewählt. Die Amtszeit beträgt sechs Jahre. Sie beginnt mit dem Amtsantritt; im Falle der Wiederwahl schließt sich die neue Amtszeit an das Ende der vorangegangenen Amtszeit an. Wird die Wahl wegen Ablaufs der Amtszeit oder wegen Eintritts in den Ruhestand in Folge Erreichens der Altersgrenze notwendig, ist sie frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Freiwerden der Stelle, in anderen Fäl-

len spätestens drei Monate nach Freiwerden der Stelle durchzuführen. § 76 Abs. 1 und Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung gilt entsprechend.

(4) Die Wahl des oder der ehrenamtlichen Beigeordneten erfolgt durch die Verbandskammer für die Dauer der Wahlzeit der Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder.

(5) Die Verbandsdirektorin ist Dienstvorgesetzte, der Verbandsdirektor Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Verbandes, ausgenommen der Beigeordneten.

§ 9 - Zusammenarbeit mit Verbandsmitgliedern

(1) Der Verband hat die Verbandsmitglieder bei allen Maßnahmen, die seinen Aufgabenbereich berühren, zu beraten.

(2) Die Verbandsmitglieder haben den Verband über alle Vorhaben und Maßnahmen in ihrem Gebiet, die die Aufgaben des Verbandes berühren, zu unterrichten, ihm jederzeit Auskunft zu erteilen sowie Akten und sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen.

§ 10 - Wirtschaftsführung

(1) Für die Wirtschaftsführung des Verbandes gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung mit Ausnahme der § 93 Abs. 2 Nr. 2, §§ 119 und 129 und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 2 bis 4 der Hessischen Gemeindeordnung) entsprechend.

(2) Die Rechnungsprüfung erfolgt durch das Rechnungsprüfungsamt eines Verbandsmitglieds.

§ 11 - Verbandsumlage

Der Verband erhebt zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern eine Umlage (Verbandsumlage). Die Verbandsumlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen. Für die Umlagegrundlagen gilt § 40 des Finanzausgleichsgesetzes.

§ 12 - Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen im Staatsanzeiger für das Land Hessen. Für die Aufstellung und Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans gilt § 7 Abs. 3 des Hessischen Landesplanungsgesetzes. Die Kosten trägt der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main.
- (2) Bekanntmachungen nach Abs. 1 werden wirksam mit Ablauf des Erscheinungstags der die Veröffentlichung enthaltenden Ausgabe des Staatsanzeigers für das Land Hessen.
- (3) Satzungen und sonstige Bestimmungen des Verbandes treten am Tage nach dem Erscheinungstag des Staatsanzeigers für das Land Hessen in Kraft, soweit nichts anderes bestimmt ist.
- (4) Sofern eine Veröffentlichung nach Abs. 1 nicht durchführbar ist oder eine Auslegung gesetzlich vorgeschrieben ist, erfolgt die Veröffentlichung auch durch Auslegung während der Dienststunden in der Geschäftsstelle des Verbandes. Vor dem Beginn der Auslegung sind Ort, Tageszeit und Dauer der Auslegung sowie für den Auslegungsgegenstand erteilte Genehmigungen nach Abs. 1 bekannt zu machen.

§ 13 -Aufsicht

Die Rechtsaufsicht über den Verband führt das für das Kommunalwesen zuständige Ministerium nach den Bestimmungen des Siebenten Teils der Hessischen Gemeindeordnung.

§ 14 - Rechtsanwendung

Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, finden die Vorschriften des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit entsprechende Anwendung.

§ 15 - Überleitungsvorschriften

- (1) Für die erste Sitzung der Verbandskammer nach Bildung des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gilt § 7 Abs. 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Entgegennahme der Benennungen und die Ladung zur ersten Sitzung durch die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main oder die Stellvertretung erfolgt.
- (2) Bis zur Aufnahme der Tätigkeit des Vorstandes kann die Aufsichtsbehörde zur Wahrung eines ordnungsgemäßen Verwaltungsganges des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main eine Beauftragte oder einen Beauftragten bestellen. Die oder der Beauftragte nimmt alle oder einzelne Aufgaben des Verbandes auf dessen Kosten wahr. § 141 der Hessischen Gemeindeordnung gilt entsprechend.

(3) Bis zur Festsetzung der Verbandsumlage durch die Verbandskammer können von den Verbandsmitgliedern durch den Vorstand Abschlagszahlungen erhoben werden.

(4) Die Flächennutzungspläne der Städte und Gemeinden und des Umlandverbandes Frankfurt im Verbandsgebiet gelten bis zum In-Kraft-Treten des Regionalen Flächennutzungsplans fort. Das Recht, diese Flächennutzungspläne bis dahin zu ändern oder aufzuheben, bleibt unberührt. Soweit Städte und Gemeinden im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main Verfahren zur Aufstellung von Flächennutzungsplänen vor dem 1. Juli 2000 eingeleitet haben, können sie zu Ende geführt werden.

§ 16 - In-Kraft-Treten; Außer-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am 1. April 2001 in Kraft und mit Ablauf des 31. März 2006 außer Kraft.

Artikel 3

Gesetz über die Auflösung des Umlandverbandes Frankfurt

§ 1 - Auflösung des Umlandverbandes Frankfurt

Der Umlandverband Frankfurt wird mit Ablauf des 31. März 2001 aufgelöst.

§ 2 - Rechtsnachfolge

Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ist Rechtsnachfolger des Umlandverbandes Frankfurt. Soweit dieser Verband die Aufgaben des Umlandverbandes Frankfurt nicht fortführt, wickelt der Vorstand des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main das Vermögen und die Verbindlichkeiten des Umlandverbandes Frankfurt für dessen Mitglieder ab. Verteilungsmaßstab ist der letzte Anteil an der Verbandsumlage.

§ 3 - Aufgabenübergang

(1) Über die in § 2 des Gesetzes über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main genannten Aufgaben hinaus nimmt der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main vorläufig die dem Umlandverband Frankfurt bis 31. März 2001 obliegenden Aufgaben

1. Änderung und Aufhebung des Flächennutzungsplans nach § 5 des Baugesetzbuchs für das Gebiet der dem Umlandverband Frankfurt angehörenden Städte und Gemeinden bis zum In-Kraft-Treten des Regionalen Flächennutzungsplans,

2. Standortberatung und Standortwerbung auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung,
3. Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Sport-, Freizeit- und Erholungsanlagen von überörtlicher Bedeutung,
4. Aufstellung eines Generalverkehrsplans und die Mitwirkung bei der Gesamtverkehrsplanung, soweit sie das Gebiet des Umlandverbandes Frankfurt betrifft,

wahr.

(2) Die Städte, Gemeinden und Landkreise im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main stellen bis zum 31. Dezember 2002 sicher, dass die in Abs. 1 Nr. 2 bis 4 genannten Aufgaben durch freiwillige Zusammenschlüsse nach § 1 Abs. 1 Nr. 4, 6 bis 8 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wahrgenommen werden. Kommen entsprechende Zusammenschlüsse nicht bis zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt zustande, kann die Landesregierung durch Rechtsverordnung Pflichtverbände gründen und diesen die Aufgaben übertragen; § 6 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main gilt entsprechend. Sieht die Landesregierung von dem Erlass einer Rechtsverordnung ab, wickelt der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main die Aufgaben ab und seine Mitglieder treffen soweit erforderlich eine Vereinbarung über die Auseinandersetzung.

(3) Der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main kann zur Deckung des durch die vorläufige Aufgabenwahrnehmung nach Abs. 1 entstehenden Finanzbedarfs eine Verbandsumlage entsprechend § 11 des Gesetzes über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main erheben. Im Zusammenhang mit der vorläufigen Aufgabenwahrnehmung nach Abs. 1 sind Kreditaufnahmen nach § 103 der Hessischen Gemeindeordnung nicht zulässig.

§ 4 - Übernahme der Bediensteten und Versorgungsempfänger

Für die Übernahme der Bediensteten und Versorgungsempfänger gelten die §§ 32 bis 37 und 215 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 5 - Personalvertretung

Bis zur Wahl eines Personalrats beim Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main nimmt der bis zur Auflösung des Umlandverbandes bestehende Personalrat vorübergehend die Aufgaben des neu zu wählenden Personalrats wahr.

Artikel 4

Aufhebung des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt

Das Gesetz über den Umlandverband Frankfurt vom 11. September 1974 (GVBl. I S. 427), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 2000 (GVBl. I S. 314), wird mit Ablauf des 31. März 2001 aufgehoben.

Artikel 5

Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz vom 21. Dezember 1993 (GVBl. I S. 729), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1999 (GVBl. I S. 338), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 Satz 1 und in § 4 Abs. 3 Satz 3 werden die Worte "den Umlandverband Frankfurt" durch die Worte "den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
2. In § 6 Abs. 3 Satz 2 werden die Worte "des Umlandverbandes Frankfurt dem Verbandstag" durch die Worte "des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main der Verbandskammer" ersetzt.
3. In § 10 Abs. 4 Satz 3 werden die Worte "beim Umlandverband Frankfurt die Beschlussfassung des Verbandsausschusses" durch die Worte "beim Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main die Zustimmung des Organs, das die Geschäftsführung wahrnimmt," ersetzt.
4. In § 18 Abs. 7 Satz 2 werden die Worte "beim Umlandverband Frankfurt" durch die Worte "beim Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
5. In § 19 Abs. 2 Satz 2 werden die Worte "beim Umlandverband Frankfurt die Entscheidung des Verbandsausschusses" durch die Worte "beim Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main die Entscheidung des Organs, das die Geschäftsführung wahrnimmt" ersetzt.

Artikel 6

Änderung der Stellenobergrenzenverordnung

In § 8 a der Stellenobergrenzenverordnung vom 21. November 1978 (GVBl. I S. 666), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. April 2000 (GVBl. I S. 280), werden in der Überschrift die Worte "des Umlandverbandes Frankfurt " durch die Worte "des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.

Artikel 7

Änderung des Hessischen Wahlbeamten-Aufwandsentschädigungsgesetzes

Das Hessische Wahlbeamten-Aufwandsentschädigungsgesetz in der Fassung vom 6. Februar 1990 (GVBl. I S. 31) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift des Gesetzes und in § 1 Abs. 1 werden die Worte "und des Umlandverbandes Frankfurt" durch die Worte "und des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
2. In § 2 in der Überschrift und in Abs. 3 werden die Worte "und des Verbandsdirektors des Umlandverbandes Frankfurt" durch die Worte "und des Verbandsdirektors des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.

Artikel 8

Änderung der Hessischen Kommunalbesoldungsverordnung

Die Hessische Kommunalbesoldungsverordnung vom 20. September 1979 (GVBl. I S. 219), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1994 (GVBl. I S. 816), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Worte "des Umlandverbandes Frankfurt" durch die Worte "des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
2. § 4 wird wie folgt geändert
 - a) In der Überschrift werden die Worte "des Umlandverbandes Frankfurt" durch die Worte "des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
 - b) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Das Amt des Landesdirektors des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen wird in Besoldungsgruppe B 8 eingestuft; das Amt des Ersten hauptamtlichen Beigeordneten wird in Besoldungsgruppe B 7, die Ämter der weiteren hauptamtlichen Beigeordneten werden in Besoldungsgruppe B 6 eingestuft."

c) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Das Amt des Verbandsdirektors des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wird in Besoldungsgruppe B 8, das Amt des hauptamtlichen Ersten Beigeordneten wird in Besoldungsgruppe B 6 eingestuft."

d) Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.

Artikel 9

Änderung des Gesetzes zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen

Das Gesetz zur Regelung der überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften in Hessen vom 22. Dezember 1993 (GVBl. I S. 708) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird vor dem Wort "Rechnungshof" das Wort "Hessischen" eingefügt.
2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 5 werden die Worte "Umlandverband Frankfurt" durch die Worte "Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
 - b) Als neue Nr. 6 und 7 werden eingefügt:
"6. der Zweckverband "Raum Kassel",
7. die Pflichtverbände nach § 6 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main,".
 - c) Die bisherigen Nr. 6 bis 9 werden Nr. 8 bis 11.

Artikel 10

Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes

Das Hessische Kommunalwahlgesetz in der Fassung vom 19. Oktober 1992 (GVBl. I S. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 2000 (GVBl. I S. 314), wird wie folgt geändert:

1. In der Übersicht werden die Angaben zum Siebenten Abschnitt gestrichen.
2. Der Siebente Abschnitt (§§ 36 bis 40) wird aufgehoben.
3. In § 65 werden die Worte "des Landrats und des Verbandstags" durch die Worte "und des Landrats" ersetzt.
4. In § 66 Abs. 1 werden die Worte "der Wahl zum Verbandstag des Umlandverbands Frankfurt" gestrichen.

Artikel 11

Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes

Das Hessische Landesplanungsgesetz vom 29. November 1994 (GVBl. I S. 707) wird wie folgt geändert:

- In § 5 Abs. 3 Nr. 2 werden die Worte "Umlandverband Frankfurt" durch die Worte "Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
- Nach § 9 wird als § 9 a eingefügt: "§ 9a Regionaler Flächennutzungsplan im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main"

(1) Für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main übernimmt der Regionalplan der Planungsregion Südhessen zugleich die Funktion eines gemeinsamen Flächennutzungsplans nach § 204 des Baugesetzbuchs (Regionaler Flächennutzungsplan).

Der Regionalplan enthält im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main neben den regionalplanerischen Festlegungen nach § 6 Abs. 3 auch die flächennutzungsplanbezogenen Darstellungen nach § 5 des Baugesetzbuchs.

(2) Die Festlegungen nach § 6 Abs. 3, die zugleich Darstellungen nach § 5 des Baugesetzbuchs sind, bedürfen übereinstimmender Beschlüsse der Regionalversammlung und der Verbandskammer des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. § 7 dieses Gesetzes bleibt im Übrigen unberührt. Kommt es zu keiner übereinstimmenden Beschlussfassung über die Aufstellung bestimmter Planaussagen im gemeinsamen Entscheidungsbereich von Regionalversammlung und Verbandskammer nach Satz 1, legt der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats einen Vermittlungsvorschlag zur erneuten Beschlussfassung in der jeweils nächsten Sitzung der Regionalversammlung und der Verbandskammer vor. Führt auch dies zu keiner übereinstimmenden Beschlussfassung, entscheidet die Regionalversammlung abschließend über die regionalplanerischen Festlegungen, über die flächennutzungsplanbezogenen Darstellungen entscheidet die Verbandskammer nach Maßgabe der regionalplanerischen Festlegungen. Dies gilt auch, wenn kein Vermittlungsvorschlag zu Stande kommt.

(3) Der Vermittlungsausschuss besteht aus zehn Mitgliedern. Regionalversammlung und Verbandskammer entsenden jeweils fünf Mitglieder und eine gleiche

Anzahl von Stellvertretungen aus ihrer Mitte in den Vermittlungsausschuss. Der Ausschussvorsitz wird jährlich abwechselnd von der Verbandskammer und der Regionalversammlung benannt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Ausschussvorsitzes über den Vermittlungsvorschlag.

(4) Die Kartendarstellung des Regionalplans im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main erfolgt ergänzend auch im Maßstab 1 : 50 000. Eine Aufstellung des Regionalplans im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main in räumlichen Teilen nach § 6 Abs. 5 ist nicht zulässig.

(5) Für die Aufstellung des Regionalen Flächennutzungsplans im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main sind ergänzend die Bestimmungen der §§ 2 bis 4 des Baugesetzbuchs anzuwenden. Für die Genehmigung des Plans ist § 8 maßgeblich. Eine Aufstellung flächennutzungsplanbezogener Darstellungen durch die oberste Landesplanungsbehörde nach § 8 Abs. 5 Satz 3 ist nicht zulässig.

(6) Die für Raumordnung und Städtebau zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung nähere Regelungen zu treffen über Aufstellungsverfahren, Form und Inhalt des Regionalen Flächennutzungsplans.

(7) Bis zum Inkrafttreten des Regionalplans nach Abs. 1 gilt der Regionalplan Südhessen fort, Änderungen sind zulässig. § 7 Abs. 6 bleibt unberührt.

- In § 18 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte "Umlandverband Frankfurt" durch die Worte "Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
- § 19 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte "Umlandverbandes Frankfurt" durch die Worte "Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
 - b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte "Umlandverband Frankfurt" durch die Worte "Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
 - c) In Abs. 3 werden die Worte "die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Verbandsausschusses des Umlandverbandes Frankfurt" durch die Worte "die Verbandsdirektorin oder der Verbandsdirektor des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.

Artikel 12

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

§ 40 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 18. März 1997 (GVBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1999 (GVBl. 2000 I S. 24), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden die Worte "Umlandverbandes Frankfurt" durch die Worte "Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
2. In Abs. 1 werden die Worte "§ 15 des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt vom 11. September 1974 (GVBl. I S. 427), geändert durch Gesetz vom 26. Oktober 1976 (GVBl. I S. 428)", ersetzt durch die Worte "§ 11 des Gesetzes über den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main".

Artikel 13

Änderung des Eigenbetriebsgesetzes

Das Eigenbetriebsgesetz in der Fassung vom 9. Juni 1989 (GVBl. I S. 154), geändert durch Gesetz vom 20. Mai 1992 (GVBl. I S. 170), wird wie folgt geändert:

1. In § 30 werden die Worte "Umlandverbandes Frankfurt" durch die Worte "Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main" ersetzt.
2. Nach § 33 wird als § 34 eingefügt: "§ 34 Außer-Kraft-Treten"

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. März 2006 außer Kraft."

Artikel 14

Änderung des Hessischen Wassergesetzes

In § 118 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Wassergesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1990 (GVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. November 2000 (GVBl. I S. 508), werden die Worte "den Umlandverband Frankfurt" gestrichen.

Artikel 15

Zuständigkeitsvorbehalt

Soweit durch dieses Gesetz Rechtsverordnungen geändert werden, bleibt die Befugnis der zuständigen Stellen unberührt, diese Rechtsvorschriften zu ändern oder aufzuheben.

Artikel 16
In-Kraft-Treten

Art. 3, 4, 15 und 16 treten am Tage nach der Verkündung in Kraft. Art. 5 bis 14 treten am 1. April 2001 in Kraft.